

## Anstelle eines Nachwortes

*Werner Scheler schloss im Jahre 2000 seine Monographie „Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zur Akademie der Wissenschaften der DDR“<sup>1</sup> mit resümierenden Nachworten ab. In ihnen reflektiert er die politische und gesellschaftliche Konstellation, unter der sich sein Wirken an der Akademie als junger Assistent, als wissenschaftlicher Mitarbeiter und später als Direktor der Forschungszentrums für Molekularbiologie und Medizin und als ihr Präsident gestaltete.*

*Die hier wiedergegebenen und leicht gekürzten Nachworte stellen eine bezeichnende Ergänzung zu den Vorträgen seiner Kollegen und Freunde dar, sie beleuchten dabei gleichzeitig Grenzen und Spielräume des Wirkens Werner Schelers und zeigen andererseits, daß sich seine Weggefährten der von ihm angemahnten Pflicht, „Erfahrenes zu vermitteln, zu wägen und zu werten“, gestellt haben. So machen diese Nachworte den Verzicht auf ein eigenes leicht.*

*Der Herausgeber*

### Nachworte – Werner Scheler in seiner Monografie im Jahre 2000

„Der zeitliche Abstand zur Existenz und zum Wirken der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin bzw. der Akademie der Wissenschaften der DDR ist für eine historische Betrachtung zu kurz, um ein Bild entwerfen zu können, das gegen nostalgische Verklärung wie gegen überhebliches Abwerten bestehen könnte. Dennoch gebieten Zeugnisrecht und Zeugnispflicht dem beteiligten Zeitgenossen, Erfahrenes zu vermitteln, zu wägen und zu werten. Genese und Wesen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin / Akademie der Wissenschaften der DDR haben ihre Spezifik, geben ihr ein Signum von Einmaligkeit. Der vorurteilsfreien historischen Forschung späterer Zeit bleibt es vorbehalten, ihr den gebührenden Platz in der Wissenschaftsgeschichte zuzuweisen.

---

1 Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR. Abriss der Genese und Transformation der Akademie. Karl Dietz Verlag, Berlin 2000

Entstehung, Entwicklung und Tätigkeit dieser Berliner Akademie zwischen 1945 und 1990 fielen in eine geschichtsträchtige Periode der Weltpolitik. Anfangs prägten die unmittelbaren militärischen und politischen Nachwirkungen des Zweiten Weltkrieges die Verhältnisse in Europa und Deutschland, doch bald schon begann der ‚Kalte Krieg‘ zwischen den Westmächten und der UdSSR, der bis Ende der 60er / Anfang der 70er Jahre bedrohlich eskalierte. In den 70er Jahren gewann ein allmählicher, von herben Rückschlägen belasteter Entspannungsprozess an Boden, und er festigte sich bis weit in die 80er Jahre hinein. Ende 1989 / Anfang 1990 erfolgte der dramatische Zusammenbruch der Gesellschaftsordnungen der europäischen sozialistischen Länder, entgültig besiegelt durch die Auflösung der UdSSR.

Mit Ende des Krieges geriet die Konkursmasse des Deutschen Reiches vom politischen Handelsobjekt zum imperialen Streitfall zwischen den Siegermächten. Die aus der Aufteilung Deutschlands hervorgehenden vier Besatzungszonen und dann ab 1949 die beiden deutschen Staaten mit der Sondereinheit (West)Berlin rangierten in diesem Geschehen als weitgehend abhängige Gebilde ihrer politischen Inauguratoren. Außen- und militärpolitisch blieben sie auf die Dauer an ihre ‚Schutzmächte‘ gebunden. Ihr Handlungsspielraum war ihnen durch die jeweiligen Interessensphären der USA und der UdSSR vorgegeben. Die Akademie war von Anfang an in das Spannungsfeld dieser generellen Ost-West-Konfrontation und der spezifischen deutsch-deutschen Kontroversen hineingestellt, und sie war den Konflikten und den Wandlungen in der politischen Arena bis zum Ende ausgesetzt. Man muss sich dieses geschichtlichen Hintergrundes bewusst sein, wenn man jenen Weg der Akademie verfolgt und beurteilt, den sie in 45 Jahren beschritt. In der Rückschau stellt sich die Entwicklung der Akademie auf dem Hintergrund des politischen Prozesses in Europa sowie des Geschehens in und zwischen beiden deutschen Staaten geradezu mit deterministischer Folgerichtigkeit dar.

Schon die Stunde ihrer Wiedergeburt prägte die prospektive Entwicklung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin nachhaltig. Nach der Entwürdigung der Preußischen Akademie unter dem braunen Regime erhob sie sich mit neuem Namen aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges, erstand sie mit neuem Ziel aus den geistigen, den wissenschaftlichen und kulturellen Ruinen, die 1945 das einstige Land der Dichter und Denker verunstalteten. Sie erwuchs in einem verwüsteten Landstrich und in einer Zeit, in denen die Menschen um das tägliche Überleben kämpften, Geschöpfe, getrieben zwischen Verzweiflung und Hoffnung, zwischen Verza-

gen und Aufbegehren, zwischen Resignation und Entschlossenheit. Millionen Menschen hatte der verbrecherische Krieg dahingerafft, hatte die Existenzen von Abermillionen vernichtet. Die Überlebenden, betrogen und verunsichert, suchten nach einem Neubeginn. Aus den Resten dessen, was der Krieg nicht verschlungen hatte, bargen sie, was ihnen auf dem Weg in das Morgen nützen konnte. Dabei ging es nicht nur um die materiellen Güter, so bitter nötig sie auch waren, nicht nur um den Kanten Brot, ein paar Stücken Holz oder Kohlen für den Herd, einige Bretter für die zersplitterten Fenster, die letzten Maschinen unter dem Schutt der zerbombten Betriebe, es ging vielmehr und erst recht um die Freilegung verschütteter Lebensnormen, um das humanistische Erbe, um ethische Wertmaßstäbe, die Halt und Zuversicht geben konnten.

In solcher Lage also fand sich 1945 die Preußische Akademie der Wissenschaften. Sie hatte die Jahre zwischen 1933 und 1945 weder unbelastet noch unbeschadet überstanden, hatte zwischen intellektueller Verweigerung, innerem Widerstand und williger Botmäßigkeit gegenüber den braunen Machthabern laboriert, hatte sich dem Nazisystem gefügt, sich kompromittieren lassen und angesehenste Mitglieder aus ‚rassischen‘ und politischen Gründen verloren. So war ihr Schicksal in den Nachkriegstagen durchaus ungewiss, zumal sie auch international wegen ihrer Willfährigkeit gegenüber dem Hitler-Regime isoliert dastand. In dieser schwierigen Situation bedurfte es der Zuversicht und der Beharrlichkeit einiger politisch unbelasteter, persönlich integrierter Akademiemitglieder, um nach Wegen zur Fortführung der Akademie zu suchen und dafür Verbündete zu gewinnen. Zugleich bedurfte es jedoch auch der entschiedenen Trennung von Mitgliedern, die sich der politischen Herrschaft angedient und versucht hatten, die Preußische Akademie auf die fragwürdigen Fährten einer ‚deutschen‘ Physik oder einer noch ‚deutscheren‘ Biologie mit ihrer pseudowissenschaftlichen Rassenideologie zu führen. Namen der Akademiemitglieder Lenard oder von Vershuer, stehen hier programmatisch für die politisch motivierte Indoktrination der Wissenschaft.

So vollzog sich zwischen Mai 1945 und Juli 1946 ein wechselhaftes, zielstrebiges Ringen um den weiteren Bestand der Akademie, um ihre neuen Inhalte, ihren künftigen Weg, ihr Selbstverständnis, ihre gesellschaftliche Position und ihre Verantwortung bei der geistigen und materiellen Erneuerung in Deutschland. Die Vertreter der Akademie, an ihrer Spitze Johannes Stroux, trafen bei den Repräsentanten der sowjetischen Militärbehörden und den Leitern der neugebildeten deutschen Verwaltungsstellen auf Verständnis für ihr Anliegen, die Akademie weiterführen zu wollen, zumal eine Reihe der

zuständigen sowjetischen Offiziere selbst Wissenschaftler und Mitglieder ihrer Akademie waren. Schnell zeigte es sich, dass die Sowjetische Militäradministration sich in ihren Entscheidungen nicht von Rachegefühlen leiten ließ, an keine „Abwicklung“ (es sollte dies zum Unwort in ihrer späteren Geschichte werden) der Preußischen Akademie dachte, sondern an deren Fortführung interessiert war – auf neuer inhaltlicher und statuarischer Grundlage. Zuerst gab es noch Diskussionen zum Namen der weiterzuführenden Akademie. Eine Preußische Akademie konnte die neue Akademie nicht mehr sein, mit dem Potsdamer Abkommen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges existierte Preußen de facto nicht mehr, auch wenn der Staat Preußen de jure erst am 25. Februar 1947 durch den Alliierten Kontrollrat in Deutschland aufgelöst werden sollte. So stimmten die Akademiemitglieder dafür, sie ‚Akademie der Wissenschaften zu Berlin‘ zu benennen. Da ihr Einzugs- und Wirkungsgebiet jedoch über Berlin hinausreichen sollte, entschloss man sich, sie ‚Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin‘ zu nennen. Ausdrücklich wurde aber von ihren Repräsentanten der Verdacht zurückgewiesen, sie würde sich mit der Bezeichnung Deutsche Akademie der Wissenschaften über die anderen Akademien in deutschen Landen erheben wollen. Mit ihrer Wiedereröffnung wurde die Akademie zugleich Erbe der Preußischen Akademie und zeigte sich gewillt, deren früheres überregionales Wirken zu wahren. In Anbetracht dieser konstitutionellen Grundlagen und der inhaltlichen Programmatik erklärte Präsident Stroux zur Wiedereröffnung der Akademie am 1. August 1946 ausdrücklich: ‚Die Berliner Akademie stellt sich in den Dienst des ganzen deutschen Volkes‘.

Heute wird von offiziellen Stellen gerne vergessen gemacht, dass ihre Konstituierung im Jahre 1946 gemäß Befehl der SMAD „auf der Grundlage der letzten deutschen Akademie der Wissenschaften mit dem Sitz in Berlin“ völlig legitim erfolgte, als selbstverständlich verstanden und auch von den westlichen Siegermächten respektiert wurde. Die Mitglieder der vormaligen Preußischen Akademie der Wissenschaften (mit Ausnahme der 15 aus der Mitgliederliste gestrichenen) wurden mit dem Akt der Wiedereröffnung Mitglieder der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Sie sahen mit diesem Übergang die Kontinuität ihrer Akademie und ihrer eigenen Mitgliedschaft gewahrt. Auch wurden die meisten wissenschaftlichen Unternehmungen der Preußischen Akademie ebenso selbstverständlich von der wiedereröffneten Akademie fortgeführt. Mit den vorausgegangenen Rechtsakten, ihrem neuen Statut, ihren personellen Bestand und allem ihrem wissenschaftlichen und materiellen Inventar stand die Deutsche Akademie der

Wissenschaften zu Berlin so von Anfang an in der legitimen Nachfolge der Preußischen Akademie der Wissenschaften.

Auf die Intention, als gesamtdeutsche Einrichtung wirken zu wollen, fielen aber bereits zum Zeitpunkt des Neubeginns der Akademie erste Schatten. Am 5. März 1946, das Kriegsende lag noch kein Jahr zurück, hielt Winston Churchill im amerikanischen Fulton jene Rede, die den Kalten Krieg zwischen den Westmächten und der UdSSR einläutete. Nachkriegsdeutschland mit seinen vier Besatzungszonen und den vier Sektoren Berlins begann zentraler Schauplatz des Kalten Krieges zu werden. So erfolgte die Neugeburt der Akademie an einem Scheidepunkt der Weltpolitik, in dessen Gefolge Deutschland gespalten und damit auch die eben neukonstituierte Akademie in den Widerstreit der antagonistischen politischen Kräfte einbezogen werden sollte. Ihr Wirkungsfeld wurde schon frühzeitig durch das bekannte Wort aus Bonn eingegrenzt: ‚Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb‘.

Bildung, Werden und Gestaltung der Akademie waren zwangsläufig engstens mit dem geistigen, gesellschaftlichen und politischen Umbruch inmitten Europas korreliert. Wollte und konnte sich die Wissenschaft aus diesem Umbruch heraushalten? Wollte und konnte sich eine Institution wie die Akademie, die durch Leibniz' Vermächtnis ‚Theoria cum praxi‘ geprägt war, in dieser Zeit des Neubeginns vom Leben, von der Gesellschaft, isolieren? Die bitteren Lehren des erst kurz zu Ende gegangenen Zweiten Weltkrieges und die Mahnungen aus seiner politischen Vorgeschichte hatten bei den meisten Wissenschaftlern verstandesmäßige Aufgeschlossenheit und redliche Bereitschaft geweckt, an einer neuen, alternativen Gesellschaftsordnung mitzubauen, die geeignet und bestrebt sein wollte, die Wiederholung einer solchen verderblichen Entwicklung auszuschließen. In ihrer Mehrzahl sahen sie in der Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone und dann im Aufbau des Sozialismus in der DDR eine derartige Alternative. Auch unter den bürgerlichen Mitgliedern der Akademie herrschten die Überzeugung und der Wille vor, am Aufbau der neuen Gesellschaft mitzuwirken, auch wenn manche von ihnen Zweifel und Vorbehalte gegen bestimmte politische Akte der neuen Regierenden hatten und die zunehmende geistige, wirtschaftliche und politische Spaltung Deutschlands mit Sorge betrachteten.

Im Gefolge der offiziellen Bildung zweier deutscher Staaten im Jahre 1949 legten deshalb eine Reihe westdeutscher Akademiemitglieder ihre Mitgliedschaft nieder. Ihre politische Zugehörigkeit zur Bundesrepublik Deutschland

galt ihnen als nicht vereinbar mit dem Wirken einer deutschen Akademie, die ihre Heimstatt in einem anderen politischen System besaß. Andere Mitglieder aus der Bundesrepublik hielten sich dagegen fern, ihre Mitgliedschaft in einer wissenschaftlichen Institution von politischer Observanz bestimmen zu lassen. Da bei der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik die Einheit der deutschen Nation als wesentlicher Verfassungsgrundsatz festgeschrieben wurde, und die Regierung der DDR sich noch jahrelang um die Realisierung dieses Zieles bemühte, sah sich das Gros der Akademiemitglieder bekräftigt, diese Politik zur nationalen Wiedervereinigung über die Bande der Wissenschaft zu unterstützen. Die Akademie pflegte in dieser Periode die wissenschaftlichen Kontakte und gemeinsame Unternehmungen mit westdeutschen Einrichtungen, wenngleich nicht in Form des früheren Kartells der deutschen Wissenschaftsakademien.

Im Laufe der Zeit veränderten sich Charakter und Aufgaben, wissenschaftliches Profil und personeller Bestand der Akademie. Neben der Gelehrten-gesellschaft entstand eine leistungsstarke Forschungsorganisation, deren Wirken von der Grundlagenforschung bis in die praxisbezogene Anwendung von Forschungsergebnissen reichte. Die Akademie fand sich damit zunehmend in die gesellschaftspolitischen und volkswirtschaftlichen Prozesse der DDR integriert. Dieser Wandel begann sich mehr und mehr auf die Haltung und die Einstellung der Mitglieder und Mitarbeiter der Akademie auszuwirken. Mit fortschreitender Zeit wuchs der Anteil von Mitgliedern und Angehörigen der Akademie, die in der DDR ihre kostenlose Schul- und Hochschulausbildung genossen hatten und die sich wissenschaftlich qualifizieren konnten. Ganz überwiegend identifizierten sie sich mit dem Werden der DDR, ihrer Gesellschaftsordnung, ihrer Friedens- und Sozialpolitik. Und auch gewisse Widersprüchlichkeiten im politischen Alltag der DDR, gegen die man anging, mochten nicht den Grundkonsens mit der sozialen Ordnung des Landes brechen. So war es selbst noch gegen Ende der 80er Jahre, in der ‚Wendezeit‘, nur eine Minderheit unter den Akademieangehörigen, die sich von der DDR distanzierte. Die Mehrzahl von ihnen kritisierte Missstände, Differenzen zwischen humanistischen Idealen und restriktiver Wirklichkeit, und sie erwarteten Reformen. Sie wollten jedoch nicht zum Kapitalismus zurück, sondern strebten nach einer neuen demokratischen Gesellschaft ohne Bevormundung durch eine unfehlbare Partei.

Schon in den frühen Jahren anerkannte und schätzte die Akademie die Förderung von Wissenschaft, Bildung und Kultur in der DDR. Sie sah sich in den viereinhalb Jahrzehnten ihres Wirkens gefordert und gefördert, und sie

entwickelte sich zu einem wichtigen Träger der Wissenschaftspolitik des Staates. So erscheint es durchaus verständlich, dass während des politischen Umbruchs in der DDR Ende 1989 / Anfang 1990 sich die Akademie zurückhaltend und differenziert verhielt. Plenum und Präsidium der Akademie bejahten nachdrücklich die Notwendigkeit der inneren und konzeptionellen Erneuerung im Lande wie in der Akademie selbst, kündigten aber ihr Einstehen für die DDR – solange diese existierte – nicht auf.

Mit der Formierung der DDR wurde unter Führung der SED und der Regierung eine einheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik entwickelt. Von ihrer räumlichen und Bevölkerungsdimension her war die DDR nicht groß genug, um noch innerhalb des Landes partikularistische regionale Wirtschaftskonzeptionen zu verfolgen. Ihre Bevölkerungszahl entsprach etwa der des Landes Nordrhein-Westfalen, ihre Fläche war nur ein Drittel größer als die des Freistaates Bayern der BRD. So erfolgte sehr bald schon eine zentrale Lenkung und Gestaltung der Volkswirtschaft. In engem Konnex dazu erwies sich eine korrespondierende zentrale Planung und Organisation von Wissenschaft und Forschung erforderlich. Gesamtstaatliche Strategien der Gesellschafts- und Volkswirtschaftsentwicklung ermöglichten der Akademie, ihre Forschungsgebiete und längerfristigen Ziele auf Basis dieser gesamtstaatlichen Strategien auszurichten sowie die Hauptrichtungen der Grundlagenforschung anhand der internationalen Wissenschaftsentwicklung in größeren zeitlichen Abschnitten festzulegen. Die überschaubaren Dimensionen des Wissenschaftspotentials der DDR gestatteten und forderten den Abgleich der Forschungsaufgaben der Akademie mit denen anderer wissenschaftlicher Institutionen und Einrichtungen, z.B. der Universitäten und Hochschulen, der Industrie, der Landwirtschaft und anderer gesellschaftlicher Bereiche. Die anfängliche Aufsplitterung der Forschung in eine Unsumme einzelner Themen, oft mit unterkritischer Kapazität bearbeitet, wurde durch die gemeinsame prognostisch-analytische Erarbeitung wissenschaftlich aussichtsreicher Forschungsrichtungen und ihre koordinierte Bearbeitung überwunden. Zu diesem Zwecke wurden diverse Instrumentarien der Planung und Koordinierung der Forschung mit unterschiedlichem Erfolg angewendet. Die Dialektik von zentraler staatlicher Steuerung und Autonomie der Forschung bildete dabei ein ständiges Spannungsfeld im Leben der Akademie. Die Akademie- und Hochschulforschung fanden in diesem Prozess zueinander, und gemeinsam wirkten sie mit der Industrie und anderen Partnern eng zusammen.

In der Bestimmung ihrer Forschungsaufgaben verfügte die Akademie im Hinblick auf Grundlagenuntersuchungen über weitgehende Freiheiten, ange-

wandte Forschungen waren in gesamtstaatliche und wirtschaftspolitische Strategien eingebunden. Die Akademie wirkte aktiv an der Erarbeitung dieser Strategien und von längerfristigen Wissenschaftskonzeptionen mit. Sie wurde innerhalb des Landes – gemeinsam mit Universitäten und Hochschulen – zu einem wichtigen Mittler zwischen wissenschaftlichem Erkenntnisprozess und Praxis. Sie schuf sich dazu ein Instrumentarium an Informations- und Organisationsalgorithmen sowie ein System von technisch-technologischen Forschungs- und Entwicklungsstätten, um Ergebnisse der Grundlagenforschung auf technische und wirtschaftliche Nutzbarkeit testen und in die industrielle Anwendung überführen zu können. Hierbei war ihre Wirksamkeit teils von der allgemeinen Schwäche des zentralistisch geleiteten Wirtschaftssystems teils aber auch vom differenzierten Leistungsniveau ihrer unmittelbaren Kooperationspartner abhängig. Die innovativen Potenzen der Akademieforschung für die Industrie wurden durch das Niveau ihrer Ausrüstungen sowie durch den ökonomischen und technischen Zustand der Industrie limitiert. Für zahlreiche Gebiete der industriellen, landwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung schuf sie indessen wesentliche Beiträge im wissenschaftlichen Vorlauf. – Die Akademie übte darüber hinaus auf bestimmten, wissenschaftlich fundierten und begleiteten Gebieten staatliche Hoheitsrechte aus, so bezüglich geophysikalischer Normen und Etalons. Sie unterhielt dazu die entsprechenden staatlichen Dienste und nahm am internationalen Datenaustausch teil.

Schon in den ersten Jahren nach Wiedereröffnung veränderte sich der Charakter der Akademie grundlegend. Durch Zuordnung und Gründung eigener Forschungsinstitute wurde sie zu einem strukturellen Verbund von Gelehrten-gesellschaft und Forschungsinstitution. Das war an sich nichts Außergewöhnliches, fanden sich doch auch in anderen Ländern, östlichen wie westlichen, solche Formen. Das Besondere dieser Kombination erwuchs daraus, dass sich die Akademie mit ihrer Gelehrten-gesellschaft als gesamtdeutsche Einrichtung artikulierte, die hinzukommenden naturwissenschaftlichen und technischen Forschungsstätten sich jedoch auf die Bedürfnisse der Region, d.h. zunächst der sowjetischen Besatzungszone und dann der Deutschen Demokratischen Republik zu orientieren hatten. So begann bereits zwischen 1947 und 1949 eine Dissoziation im Wirken der Akademie. Auf der einen Seite standen ihre Bestrebungen um die Wahrung einer gesamtdeutschen Wissenschaft und ihre Bemühungen um die gemeinsamen geisteswissenschaftlichen und editorischen Unternehmungen mit westdeutschen Einrichtungen, auf der anderen Seite aber befanden sich die konkreten natur- und technikwissenschaftlichen



Forschungsaufgaben zum Wirtschaftsaufbau im Osten des Landes. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland im September 1949 und die daraufhin folgende Bildung der Deutschen Demokratischen Republik im Oktober fixierten nur mehr die divergierenden Wirkungsfelder. Und je weiter sich beide deutsche Staaten politisch und wirtschaftlich voneinander entfernten, um so spannungsreicher und widersprüchlicher wurde innerhalb der Akademie das Verhältnis zwischen beiden Vektoren ihres Strebens.

Schritt für Schritt wurde die Akademie zu einem Zentrum der Forschungsarbeit der DDR ausgebaut. Den Aufgaben und Ergebnissen der Forschungsinstitute wurden staatlicherseits bald weit höheres Gewicht beigemessen als der Tätigkeit der (gesamtdeutschen) Gelehrtenengesellschaft. Durch die Zusammenführung der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute in einer Forschungsgemeinschaft und deren Integration in die zentrale staatliche Lenkung von Wissenschaft und Wirtschaft wurde innerhalb der Akademie sogar eine administrative Abgrenzung der Forschung von der Gelehrtenengesellschaft vorgenommen. Die Gelehrtenengemeinschaft verlor in dem Moment schließlich auch noch ihre Bedeutung als zwischendeutsches Bindeglied, als im Laufe der 60er Jahre die UdSSR ein neutrales Deutschland und die DDR-Führung die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten als reales politisches Ziel abschrieben. SED- und Staatsführung nahmen von da an Kurs auf die volle Eigenstaatlichkeit der DDR und deren internationale Anerkennung. Mit dem Statut von 1969 vollzog die Akademie juristisch die entgeltige Abgrenzung von den letzten Resten gesamtdeutscher Optionen. So war die 1972 erfolgende Umbenennung der Akademie in ‚Akademie der Wissenschaften der DDR‘ nur mehr ihre logische Legitimation als nationale Akademie des Staates DDR. Mit Vollzug dieser Veränderungen wurden innerhalb der Akademie schrittweise, besonders dann im Verlauf der 80er Jahre, wieder engere funktionelle Bindungen zwischen Gelehrtenengesellschaft und Forschungsbereichen geknüpft. Die Akademie fand zu einer neuen Einheit zurück. Die ursprünglich gesamtdeutsch intentierte Institution war nun definitiv zur Wissenschaftsakademie der DDR transformiert.

Ein anderes, spezifisches Wesensmerkmal der DAW/AdW bildeten ihre Versorgungs- und Produktionseinheiten. Sie entstanden im Gefolge des besonderen Wirtschaftsgefüges der DDR und waren für reine Wissenschaftseinrichtungen ungewöhnlich.

Die Unterordnung der internationalen wissenschaftlichen Beziehungen der Akademie unter die Prinzipien der Außenpolitik der DDR führten zu Interes-

senkonflikten zwischen der Internationalität des Wissenschaftsprozesses und den Doktrinen der Außenpolitik. Das bedingte deutlichen Asymmetrien und Probleme bei der Gestaltung ihrer internationalen Verbindungen. Die eingangs kommentierte Situation des Kalten Krieges verwehrt der Akademie lange Zeit normale Beziehungen zu Wissenschaftseinrichtungen westlicher Staaten. Das Allied Travel Office und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sparten keine Mühe, die DDR-Wissenschaft in dieser Richtung zu isolieren. Umso mehr drängte die Akademie zu engerer und einseitiger Zusammenarbeit mit den Wissenschaftsakademien der sozialistischen Länder. Hinzu kam im Laufe der Jahre eine immer stringentere Sicherheitspolitik der DDR, die zur selektiven Einschränkung der Reisetätigkeit von Wissenschaftlern der DDR zu Tagungen und Studienaufenthalten in westliche Staaten führte.

Es mag dahingestellt bleiben, wie weit die Restriktionen tatsächlich als Reaktionen auf reale diversive Einflüsse aus dem Westen verstanden wurden, wie dies zu ihrer Begründung hieß, oder inwieweit sie Ausfluss latenter politischer Unsicherheiten der Parteiführung waren. Diese Sicherheits- und Abgrenzungspolitik gebar auch den fatalen ‚Reisekaderstatus‘ und führte so zur unseligen Differenzierung der Mitarbeiter nach offensichtlichen politischen Loyalitätskriterien. Für jede wissenschaftliche Einrichtung ist der internationale Informationsaustausch lebensnotwendig, für eine Akademie, die für sich in Anspruch nimmt, die Einheit der Wissenschaften zu vertreten, war er es umso mehr. Darum zeigten sich die politischen wie finanziellen Beschränkungen der Reisetätigkeit für die Wissenschaft abträglich. Der Bezug wissenschaftlicher Literatur vermochte den unmittelbaren Informationsaustausch und den persönlichen Erkenntnisgewinn nur bedingt zu ersetzen. Trotz allem wurde aber erreicht, dass der Kenntnisstand über die aktuelle internationale Wissenschaftsentwicklung gewährleistet war und sich in den Forschungskonzeptionen der Institute reflektierte. Immer wieder erwiesen sich die Vertreter der DDR bei Kontakten mit Wissenschaftlern westlicher Staaten über deren Arbeiten gut unterrichtet, während das Wissen in umgekehrter Richtung dürftig und mit Vorurteilen behaftet war. Nicht zuletzt dokumentierte sich dies im Vereinigungsprozess der beiden deutschen Staaten.

Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin und die Akademie der Wissenschaften der DDR sind vergangen. Entstanden auf den Ruinen des Zweiten Weltkrieges schufen sie ein Stück deutsche Wissenschaftsgeschichte in einer Zeit bedrohlichster Weltmachtpolitik, europäischer Spaltung und deutscher Zweistaatlichkeit. Die an dieser Geschichte mitschrieben, trugen in dem deutschen Lande, in dem sie lebten und wirkten, dazu bei, kulturelles

Erbe zu bewahren, wissenschaftliche Erkenntnisse zu erschließen, geistige und materielle Werte zu schaffen.“